Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1947-1949
1947

76 (1.10.1947)

Visual Library

UNSER TAG

FORS

VOLKSZEITUNG FÜR BADEN

2. Jahr Nr. 76 / 20 Pfg. ORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI Mittwoch, 1. Oktober 1947

Manifest an das deutsche Volk

Deutsche Männer und Frauen!
Deutsche Jugend!

Die drückende Not unseres Volkes ist die zwangsläufige Folge der Nazibarbarei und ihres völkermordenden Krieges. Entbehrungsvolle Jahre härtester Arbeit liegen vor uns. Der zerstörte Wohlstand Europas muß wiederhergestellt und der in aller Welt angerichtete Schaden wieder gutgemacht werden. Schwere Last liegt auf dem deutschen Volke. Wir müssen Ordnung im eigenen Hause schaffen. In ganz Deutschland müssen die Kriegs- und Naziverbrecher, die Konzerne, Großbanken und Großgrundbesitzer enteignet, Verwaltung und Wirtschaft von Naziaktivisten und Kriegsverbrechern gesäubert werden. Erst dann wird es in Deutschland eine wirksame Wirtschaftsplanung, eine demokratische Bodenreform und eine demokratische Schulreform geben. In der sowjetischen Besatzungszone ist, dank des Wirkens der einheitlichen Arbeiterbewegung, eine solche demokratische Ordnung geschaffen worden.

In den westlichen Besatzungszonen ist die Arbeiterbewegung gespalten. Die Mitschuldigen an der Naziherrschaft und am Hitlerkriege sind im Besitz ihrer wirtschaftlichen Machtmittel und sitzen in den Verwaltungen. Spekulanten und Schieber desorganisieren die Wirtschaft. Ein bizonaler Behördenapparat, undemokratische Verfassungen und eine volksfeindliche Politik der alten reaktionären Kräfte verhindern die Einheit Deutschlands.

Ein großes Aufräumen muß beginnen. Alle demokratisch und sozialistisch gesinnten Arbeiter, Angestellten, Bauern, Handwerker und Geisteschaffenden müssen ihre Kräfte vereinigen und die neue demokratische Ordnung schaffen. In der sowjetischen Besatzungszone, wo bereits die neue demokratische Ordnung errichtet wurde, wird trotzdem das Volk noch jahrelang schwer arbeiten müssen, bis die Folgen der Naziherrschaft und die Kriegsverwüstungen beseitigt sind. Die Werktätigen werden aber den Kampf gegen Hunger und Kälte erfolgreich bestehen. Sie werden sich darin durch nichts und durch niemanden entmutigen lassen.

Unsere Losung lautet:

Mehr produzieren, gerechter verteilen, besser leben!

Die Parteien, die demokratischen Organisationen und die Verwaltungen in Stadt und Land müssen gemeinsam handeln.

Volksinitiative und Volkskontrolle müssen alle Rohstoffe erfassen. Die Kohlenförderung und Brennstoffversorgung müssen verbessert werden. Die gewerbliche Erzeugung und ihre Verteilung ist zu überwachen. Alle Kompensations- und Schwarzhandelsgeschäfte sind zu unterbinden. Landanbau und Ernte, sowie die schnellste Ablieferung der Produktion müssen gesichert werden. Die freien Spitzen sind für Werks- und Gemeinschaftsküchen bereit zu stellen. Der Bauer ist mit dem Nötigsten zu versehen. Nur dadurch können Arbeitsdisziplin und Arbeitsleistung verbessert werden.

Das ist unser Notprogramm! Es läßt sich nur in der Gemeinschaft aller Werktätigen durchsetzen.

Das deutsche Volk will leben. Es wartet auf einen gerechten Friedensvertrag. Auf der Londoner Außenministerkonferenz möge die Stimme des deutschen Volkes gehört werden.

Unser Volk wünscht sehnlichst: wirtschaftliche und politische Einheit, Klarheit über die Reparationen, eigenen Außenhandel, Volksabstimmung über die Staatsordnung, Zentralverwaltungen als Vorbereitung einer gesamtdeutschen Regierung, freien Austausch von Nachrichten und Druckschriften, beschleunigte Rückkehr der Kriegsgefangenen.

Deutsche Männer und Frauen! Deutsche Jugend! In euren Händen liegt die Zukunft Deutschlands. Ein jeder tue seine Pflicht! Sei eingedenkt des Wortes: „Großes Werk gedeiht nur durch Einigkeit!"

Berlin, den 24. September 1947

Zweiter Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Bayerns reaktionäre Regierung

München. Die KPD Bayerns gibt zur Regierungsumbildung folgende Erklärung: Die Koalitionsregierung der SPD und CSU wurde durch eine ausschließliche CSU-Regierung abgelöst. Die Hineinnahme von Dr. Josef Müller ändert nichts an dem reaktionären Charakter der von Dr. Ehard geführten Regierung. Der zustande gekommene Kompromiß innerhalb der CSU, deren innere Brüchigkeit sich in Einstätt zeigte, ist vor allem aus außenpolitischen Rücksichten geschehen und um die Rechte des Besitzbürgertums zu schützen und die Lasten der Katastrophe auf die breiten Massen abzuwälzen. Die Regierung Ehard-Müller wird in der Verfolgung westlicher Sonderinteressen noch konsequenzer den Weg gehen, wie er in Frankfurt zum Ausdruck kam. Sie stellt darum infolge ihrer föderalistischen Bestrebungen eine erhöhte Gefahr für die Einheit Deutschlands dar, wie auch das Verbleiben des Kultusminister Dr. Hundhammer ihren separatistischen Kurs reaktionärer Restauration unterstreicht.

Die KPD hat zu der neugebildeten Regierung als einer ausgesprochen großbürgerlichen Klassenregierung kein Vertrauen. Die KPD wird mit allen fortschrittlichen Kräften für die wahren Interessen des Volkes kämpfen. Angesichts des Hungerwinters wird sie versuchen, mit der SPD und den Gewerkschaften eine Aktionsgemeinschaft zu bilden, um das Volk vor dem Untergang zu retten. Sie wird auch alle Schritte zur Auflösung des Landtags unterstützen, damit die Voraussetzung zur Bildung einer neuen Regierung, die die wahren Volksinteressen vertritt, gegeben ist.

Aktiver Separatismus

Singen. Unter allem Vorbehalt geben wir folgende alarmierende Meldung der amerikanisch lizenzierten „Stuttgarter Zeitung" vom 24. September wieder:

Tübingen, 23. Sept. (Eig. Ber.). Der Schwäbisch-Alemannische Heimatbund, der unter der Führung des Singener Arztes Dr. Dietrich seit Kriegsende **eine staatsrechtliche Loslösung des südwestdeutschen Raumes vom übrigen Deutschland betreibt,** soll nun eine eigene Zeitung (Auflage 50 000) erhalten. Als Herausgeber ist der Heimatbund oder dessen Vorsitzender Dr. Dietrich, als Sitz der Redaktion Singen am Hohentwiel vorgesehen.

Einheitsfront in der Tschechoslowakei

Prag. Die Sozialdemokratische und die Kommunistische Partei haben ein Abkommen miteinander getroffen, um eine Einheitsfront zu bilden. Allgemein wird dieses Abkommen als vollständige Fusion der beiden Parteien betrachtet.

General Clay - Oberst Tulpanow

Vom Nichtglauben und vom Wissen um den Sozialismus

⊙ Die Welt steht mitten in der gigantischen Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Der kapitalistische Pol liegt in Amerika; in Petropolis wurde die „Hemisphären-Aktion gegen den Kommunismus" beschlossen. Der sozialistische Pol ist die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

Erst ein kurzes Jahrhundert ist seit dem Erscheinen des „Kommunistischen Manifestes" vergangen und schon sind die „utopistischen" Thesen der deutschen Politiker Marx und Engels über den internationalen Klassenkampf unbestreitbar zur Realität der Weltpolitik geworden.

Marshall (USA) und Wyschinskij (UdSSR) haben vor dem Kongreß der UN die gegenwärtige Situation eindeutig aufgezeigt. Das Grundthema ist: Kapitalismus oder Sozialismus, Krieg oder Frieden, Untergang oder Wohlfahrt von Millionen.

Deutschland hat seine kapitalistisch-imperialistische Erfahrung mit dem Hitler-Faschismus hinter sich und liegt am Boden. Werden wir nun vorwärts oder weiter rückwärts kommen? Die Siegermacht im Westen empfiehlt Deutschland den einen, — der Osten zeigt den anderen Weg. General Clay begründet die Ablehnung der USA gegen den Sozialismus, — Oberst Tulpanow spricht entschieden für die sozialistischen Ziele der UdSSR.

Die USA für freies Unternehmertum

NZ Frankfurt 21. September. Im Anschluß an seine früheren Ausführungen zu den Fragen der Sozialisierung hat der amerikanische Militärgouverneur für Deutschland, General Lucius D. Clay, auf einer Pressekonferenz im Frankfurter Hauptquartier die amerikanische Auffassung von Demokratie und die Haltung gegenüber dem Sozialismus noch einmal zusammengefaßt.

Der General erklärte, der Grundstein zur Schaffung einer deutschen Demokratie sei gelegt worden. Die Zahl der Deutschen, die die Begriffe der Demokratie verstünden, steige an, doch werde eine endgültige Demokratisierung noch einige Jahre beanspruchen.

Auf die Frage eines alliierten Korrespondenten, ob die Militärregierung beabsichtige, Maßnahmen gegen die Verbreitung sozialistischer und marxistischer Ideen zu ergreifen, antwortete der General: „Obwohl wir glauben, daß es Parteien in Deutschland gibt, die unserer Ansicht nach nicht demokratisch sind, und obwohl wir glauben, daß das Ein-Parteien-System nicht demokratisch sein kann, glauben wir an die Freiheit der Meinung, solange sie auf legalem Wege geäußert wird." Die Amerikaner beabsichtigen keine Parteien zu unterdrücken, da der Demokratie mit solchen Maßnahmen nicht gedient sei.

Das amerikanische Volk glaube nicht an Sozialismus und Marxismus, es sei durch das freie Unternehmertum wohlhabend geworden und glaube an dieses System. „Aber noch mehr glauben die Amerikaner an die Demokratie."

Wenn Sozialismus und Marxismus mit demokratischen Methoden zum Ausdruck gebracht und vom Volk in freier Wahl angenommen würden, so daß die freie Meinungsäußerung garantiert bliebe, sei er sicher, daß diese Ideen von den Amerikanern in Deutschland anerkannt würden. Die Amerikaner seien nicht gekommen, um dem deutschen Volk ein wirtschaftliches oder politisches System aufzuzwingen.

Die UdSSR für Verwirklichung des Sozialismus

TR. Berlin, 21. September. Auf dem II. Parteitag der SED nahm als Vertreter der sowjetischen Militärverwaltung Oberst Tulpanow das Wort zur Begrüßung und führte u. a. aus:

Im Unterschied zu den anderen sind wir die einzige Militärverwaltung, die offen und laut erklärt, daß sie es für ihre demokratische Pflicht hält, jene Kräfte und Organisationen zu unterstützen, die für die Einheit der Arbeiterklasse und für ein einiges, demokratisches Deutschland kämpfen. Diese unsere prinzipiell andere Einstellung zu Problemen der Arbeiterbewegung und zum Problem der Einheit entspringt dem grundlegenden Unterschied zwischen unserem sozialistischen Staat und dem kapitalistischen Charakter der anderen Länder, die Deutschland besetzt haben.

Wir unterstreichen mit Genugtuung, daß der Standpunkt der Sowjetunion sich mit dem nationalen Standpunkt der deutschen Arbeiterklasse deckt — einem Standpunkt, der die Positionen aller ehrlichen antifaschistischen und demokratischen Elemente in Deutschland stärkt.

Es gibt Millionen Menschen, die sich überzeugt haben von der großen Lebenswahrheit des Sozialismus und der tödlichen Gefahr, die das Schalten und Walten der Imperialisten mit sich bringt. Der Marxismus wurde bekanntlich in Deutschland geboren und fand eine Heimat in der Sowjetunion.

Die Theorie von Marx und Engels, Lenin und Stalin ist der einzige Schlüssel zur richtigen Lösung und zum Verständnis der heutigen Lage. Die großen Erfahrungen des Landes des Sozialismus sind nicht zu übergehen, des Landes, das in den dreißig Jahren seines Bestehens in der Praxis bewiesen hat, daß die marxistische Theorie lebensfähig ist und daß der Sozialismus verwirklicht werden kann.

* * *

Das deutsche Volk muß sich mit solchen Dokumenten auseinandersetzen, weil es sich für seinen eigenen Weg entscheiden muß!

Vor allem prüfe jeder Werktätige, ob er für das amerikanische „System des freien Unternehmertums" ist, das die besitzende Klasse in Amerika wahrhaftig reich und allmächtig gemacht hat. Die deutschen Sozialdemokraten sollten dazu noch die ernsten Worte zur Kenntnis nehmen, die ihr englischer Parteifreund Laski über die Dollarpolitik (siehe rechts oben) zu sagen hat. Das „Ja" des Nürnberger SPD-Parteitages zum Marshall-Plan muß revidiert werden! Oder wollen wir uns der wieder erstehenden Reaktion von Kapitalismus, Faschismus, Militarismus und Krieg noch einmal ausliefern?

Wir sagen, daß Deutschland nur auf dem Weg über den Sozialismus Rettung, Wiederaufbau, Freiheit und Frieden finden kann.

Dollar und Freiheit

Was englische Sozialisten zu diesem Problem denken, spricht der führende Labour Harold J. Laski (London) hier offen aus:

„Die amerikanische Regierung ist nicht gewillt, eine an sozialistische Planung stark interessierte englische Regierung zu unterstützen. Sie hat deutlich gemacht, daß sie nur denen Hilfe zukommen lassen will, die sich mit ihrer Auffassung des „freien Unternehmertums" indentifizieren.

Es ist für uns alle von höchster Wichtigkeit, uns darüber klar zu sein, daß uns Amerika damals jede finanzielle Hilfe aus eindeutig ideologischen Gründen gab: Die sozialistische Planung sollte dadurch verhindert werden! Die politischen Führer in Europa und anderswo sollen einsehen, daß ihnen amerikanische Hilfe umso sicherer ist, je mehr sie kapitalistischen Institutionen treubleiben.

Nach der Zusammenlegung der amerikanischen und englischen Zone in Deutschland forderten die Amerikaner, wir sollten unseren Entschluß, die Schwerindustrie der Ruhr zu sozialisieren, auf fünf Jahre hinausschieben. Das ist ein weiterer Versuch in derselben Richtung.

Ich glaube, all das ist eine überzeugende Bestätigung der marxistischen Analyse des Kapitalismus in seiner imperialistischen Phase. Nicht nur unsere wirtschaftliche Unabhängigkeit, sondern auch unsere politische Freiheit steht auf dem Spiel. Es gibt einen sozialitischen Ausweg aus der Krise, und keiner Arbeiterregierung würde es je verziehen werden, wenn sie nicht mit unerschütterlicher Entschlossenheit den sozialistischen Weg verfolgt."

Genau so denken viele deutschen Sozialdemokraten über den Marshall-Plan. Aber Dr. Schumacher verkündete soeben in New York, daß er „die einzige Rettung" sei.

Dr. Karl Bittel

Ertappte Kriegstreiber

Nachdem die Schockwirkung über den Gegenangriff Wyschinskijs vor der UN abgeklungen ist, beginnt man nüchtern über das aufgerissene Problem von Krieg und Frieden nachzudenken. Dabei zeigt sich immer klarer, daß vom stellv. Außenminister der UdSSR eine leidenschaftliche, konsequente Friedensoffensive gegen die kriegerische Aggression in der ganzen Welt unternommen worden ist.

Wer den marxistischen Sozialismus kennt, der kennt auch den absoluten Friedenswillen dieser Weltanschauung. Er weiß, daß der Sozialismus Tatsachen zur Grundlage seiner gesellschaftlichen Entwicklungstheorie macht und nüchterne Realitäten nicht mit ideologischen Phrasen wegdisputiert.

Wyschinskij sprach nicht nur im Namen der Millionen Werktätigen im Sowjetstaat, sondern der Sozialisten aller Länder. Er sprach im traditionellen Sinn der alten Arbeiterinternationalen und ihrer Friedensresolutionen, wie einst Wilhelm Liebknecht, August Bebel, Clara Zetkin, Lenin, Jean Jaurès, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und alle großen Vorkämpfer des Weltfriedens gesprochen haben. Aber er sprach nicht nur wie jene vor 1870 oder 1914, als sie das Proletariat der ganzen Welt für den Kampf um den Frieden mobilisieren wollten. Hinter dieser beschwörenden Rede vor dem Weltforum der UN steht 1947 die siegreiche Weltmacht der Sozialistischen Sowjet-Union. Das ist die neue, von Grund auf veränderte Lage und das verlieh dieser Rede ihre ungeheure Wirkung.

Kein Wunder, daß dagegen Sturm gelaufen wird von allen, die sich ertappt fühlen. In ihre Kriegsspekulationen hat diese Entlarvung wilde Bewegung, wie in einen aufgestocherten Ameisenhaufen gebracht. Die professionellen und notorischen Kriegstreiber und -hetzer, die schon die genauesten Pläne und Berechnungen aufgestellt haben („Blitzkrieg" und „alles einkalkuliert") sind nicht nur erschrocken. So wird aus Amerika gemeldet:

> **Washington.** In der amerikanischen Militärzeitschrift „Armoured Cavalry" wird ausgeführt, zuständige amerikanische Stellen rechneten damit, daß die Sowjetunion ganz Westeuropa gegen den Widerstand der augenblicklich dort befindlichen amerikanischen und britischen Truppen in zwei Tagen überrennen und besetzen könne.

Diese Meldung hat die „Badische Zeitung" (Freiburg, 26. Sept.) zu einem nachdenklichen Leitartikel „In zwei Tagen?" veranlaßt. Sie sagt zwar, daß von Krieg und Kriegsgeschrei zu reden eine unsympathische Angelegenheit sei und man sich damit nicht beliebter mache. Es jedoch zu tun, wo es nötig ist, erachten wir als unbedingte Pflicht der neuen demokratischen Presse. Denn wir sollen lernen, nüchtern den Gefahren ins Auge zu sehen und über akute Fragen offen zu sprechen. Die BZ fragt:

„Was wäre, wenn?..." Womit gemeint ist: Wie würde ein Krieg ausgehen, der wirklich zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland ausbräche?

Und sagt dazu:

Rußland hat die an Zahl stärkste Armee der Welt; ihre Schulung ist vorzüglich; und daß sie zu kämpfen versteht, hat sie noch vor wenigen Jahren bewiesen. Die schlimmsten Schläge hat die deutsche Wehrmacht von den Russen erlitten. Wir hatten die meisten und größten Schlachten gegen die Russen verloren, und unsere Verluste waren am höchsten im Osten. Ueber die hohe Qualität der russischen oberen Führung besteht diesmal kein Zweifel. Der russische Generalstab hat bewiesen, wie turmhoch er über seinem zaristischen Vorgängern steht. Das war diesmal für die Deutschen sehr unangenehm; aber woher weiß man, daß andere Gegner nicht eines Tages ähnliche Ueberraschungen erleben würden?

Gewiß, woher soll man das wissen? Kriegsspekulationen führen zu schaurigen Gedankenbildern.

Noch haben die Amerkaner die Atombombe allein — aber wie lange noch? Wenn ein technisches Problem einmal grundsätzlich gelöst ist, wird es zu einer reinen Frage der Zeit, bis andere technisch hochstehende Mächte diese Erfindungen auch gewinnen. Wie lange wird es noch dauern, bis die Russen den amerikanischen Vorsprung eingeholt haben? Wer wird die Atomkräfte besser zu entfesseln und besser zu bändigen wissen? Was werden die konkurrierenden Mächte inzwischen aus den deutschen V-Waffen gemacht haben?

Hier hört alle Berechnung auf, hier beginnt das Tasten im Nebel, und erst die fürchterliche Wirklichkeit könnte die Menschheit belehren, welchen Ingenieuren am meisten eingefallen ist. Nur soviel ist freilich deutlich, und das Blatt der Panzertruppen Amerikas hilft einem auf eine fast brutale

Weise, sich darüber von neuem klar zu werden: Für Europa würden im Ernstfall Zeiten kommen, gegen die uns der zweite Weltkrieg wie ein Aufenthalt in einem Kindergarten vorkäme.

Solch nüchterne Feststellungen einer bürgerlichen Zeitung versetzen hoffentlich den unterirdischen Kriegstreibereien auch in Deutschland einen vernichtenden Schlag. Die BZ sagt vorsichtig, daß es in ausländischen Blättern immer noch Leute gäbe, die erzählen, „in Deutschland brennten weite Kreise danach, in einem neuen Krieg endlich die Fahnen des Sieges wehen zu lassen." Sind das wirklich nur Träumereien an ausländischen Kaminen?

Deutschen Lesern brauchte man nicht erst zu sagen, wie töricht dergleichen Urteile sind. Aber man könnte sich doch vorstellen, daß es in Deutschland und auch in anderen Ländern immer noch eine, wenn auch schmale, Schicht gäbe, die, sei es aus Verzweiflung über das ihnen unerträglich dünkende Los, sei es aus Verbundenheit mit der bürgerlichen Wirtschafts- und Denkform, sei es aus innerster Feindschaft gegen den Bolschewismus, mit dem Gedanken eines Ermattungskreuzzuges gegen die Sowjetunion spielen. Kein mörderischer Krieg, natürlich nicht; ein allermodernster Blitzkrieg, ein paar amerikanische Atombomben auf Moskau, amerikanische Panzerdivisionen, die sich in rasender Eile nach Osten bewegen, so daß westlich von der Elbe kein Mensch überhaupt spürt, daß Krieg ist — wer im Ernst wollte leugnen, daß solche Phantasien spuken?

Sehr richtig, solche Phantasien spuken rund herum. Wehe, wenn sie nicht ausgerottet werden! Da hilft kein Appell an Menschlichkeit und Friedensideale, da hilft nur das nüchterne, reale Denken und Handeln aktiver Pioniere einer revolutionären Friedenspolitik. Die BZ stellt fest, daß inzwischen eine „weltpolitische Umwälzung" stattgefunden hat und es seit dem Zusammenbruch Deutschlands kein europäisches Gleichgewicht mehr gibt, da Hitler es zerstört hat. So steigt die Erkenntnis von einem neuen Kräfteverhältnis auf, bestimmt durch die sozialistische Kraft des Sowjetstaates:

Die Macht, die von Wladiwostock bis Magdeburg reicht, ist die stärkste unseres Kontinents geworden, wie es dergleichen vorher nie gegeben hat. Wohl ist Amerika nicht weniger mächtig; aber Amerika ist weit und hat in Frankfurt, Athen und Istanbul nur einige vorgeschobene Bastionen. Wer es sich noch nicht deutlich gemacht hatte, dem sagen es jetzt die Amerikaner selbst: wie leichtsinnig es nämlich wäre, im Vertrauen auf ihre Hilfe sich in rosige Träume von einem künftigen „Sieg ohne Gefahr" zu wiegen.

So ist es: Die Amerikaner gestehen es selbst deutlich zu, wie leichtsinnig es wäre, gäbe sich jemand solcher Illusionen hin, im Vertrauen auf ihre Hilfe.

Die Sowjetunion hat den hervorragendsten Anteil an der Niederwerfung der faschistischen Imperialisten und hat in Krieg und Frieden die Ueberlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung bewiesen. Wyschinskij hat erneut den unbeirrbaren Kampf gegen Faschismus und Reaktion, für Demokratie und Frieden fortgesetzt. Denn der Sozialismus braucht zu seiner Entwicklung nicht den Krieg, sondern den Frieden.

Wie kommen wir durch den Winter?

× Unter diesem Motto tagte in Lahr die Parteifunktionärkonferenz des Kreises. Im Referat des Gen. Wohlrath (Freiburg) erklärte er: Auch wenn es heute noch nicht gestattet ist, uns zu einer einheitlichen deutschen Arbeiterparei zusammenzuschließen, oder auch nur als Gäste am Parteitag der SED teilzunehmen, so wird uns niemand daran hindern können, all die großen Probleme unseres Landes, die auf diesem wichtigen Parteitag erörtert wurden, auch hier eingehend zu beraten und die Aufgaben der Sozialistischen Einheitspartei auch zu den unsern zu machen.

Der Referent sprach ausführlich über die Ernährungslage und die Notwendigkeit des gemeinsamen Handelns aller Parteien, der Gewerkschaften und des Landwirtschaftlichen Hauptverbandes, wenn das Schlimmste im kommenden Winter abgewehrt werden soll. Wenn auch einflußreiche Kreise in der Führung der BCSV noch kein Verständnis für eine Notgemeinschaft unseres Volkes haben, weil sie den Kampf gegen den Kommunismus für wichtiger halten, als die Lösung der dringendsten Gegenwartfragen, so dürfen wir nicht vergessen, daß die Werktätigen, gleichgültig in welcher Partei sie sind oder zu welcher Konfession sie gehören, alle die gemeinsame Not leiden, und daß wir diese Not nicht überwinden werden, wenn wir nicht in der Lage sind, auch hier im Südwesten unseres Vaterlandes eine wirkliche Demokratisierung zu erzwingen und dadurch die Spaltung Deutschlands verhindern.

Wohlrath sprach weiter über den Kampf gegen die Kriegshetzer, über die Kriegsgefangenenfrage und formulierte vor allem die Aufgaben unserer Partei.

Den Ausführungen folgte eine rege Diskussion, wobei Gen. Weber (Lahr) besonders darauf hinwies, welche tragischen Konsequenzen ein neuer Krieg für unser Volk haben müßte. Die größten Kriegstreiber sind vor allem die Herren der Monopole, für welche der Krieg Riesengewinne brachte. Auch bei uns waren die größten Reaktionäre die größten Kriegstreiber. Sie versuchen erneut ihre Macht zu festigen und haben dazu auch eine solide Grundlage, ihren Besitz an den Produktionsmitteln, während die Arbeiterschaft nur ihre Arbeitskraft besitzt, soweit sie noch erhalten ist. Aber auch darüber kann sie nicht verfügen, weil ihr durch das Kontrollratsgesetz welches ihr kein Streikrecht gibt, die Hände gebunden sind.

Zur Gesundung unserer Wirtschaft brauchen wir vor allem einen Devisenanteil an unserem Export und unsere deutschen Stellen sollten darüber verfügen können, ob wir für unsere Exportwaren Tomaten aus Italien einführen müssen, die wir selbst produzieren können, oder hochwertige Lebensmittel, vor allem Fett.

Gen. Kurz (Lahr) gab Beispiele von Bauern, die über ihr Soll ablieferten, und warnte eindringlichst vor der allgemeinen Bauernhetze in den Städten. Die guten Ablieferer werden natürlich entmutigt, wenn keine Maßnahmen gegen die Saboteure der Wirtschaft getroffen werden. Unsere Behörden sollten die Schieber nicht mit lächerlichen Geldstrafen belegen, sondern deren Schiebergeschäfte schließen und von zuverlässigen Gewerkschaftlern verwalten lassen.

Natürlich diskutieren gewisse Kreise lieber über Rußland und die Kriegsgefangenenfrage als über die Frage „Wie kommen wir über den Winter?" Vor allem jene, die auf Grund ihrer Verantwortung in der Regierung uns eine klare Antwort geben sollten. Ich kam selbst schwerverwundet in russische Gefangenschaft. Natürlich war es nicht leicht. Wir bekamen jedoch 600 g Brot am Tage und bin wieder zurückgekommen. Wir dürfen es nicht so wichtig nehmen, wenn der oder jener unzufrieden aus Rußland kommt, auch aus andern Ländern kommen die Gefangenen unzufrieden zurück, weil das Los der Kriegsgefangenen überall schwer ist. Sollen andere über Rußland denken, wie sie wollen, wir müssen ihnen trotzdem die Hand reichen und fragen, was wollen wir nun gemeinsam tun, um über diesen Winter, der zweifellos der schwerste unseres Lebens sein wird, hinwegzukommen. Unsere Bereitschaft, vor allem mit den Arbeitern der CSV zusammenzuarbeiten, darf kein Gerede bleiben sondern muß von jedem Genossen an seinem Arbeitsplatz durch sein Verhalten unter Beweis gestellt werden.

Gen. Willman (Orschweier): Ich habe auch meinen Sohn in Rußland verloren, doch weiß ich, daß daran nicht die Russen, sondern die Nazis die Schuld tragen, welche diesen verfluchten Krieg entfesselten. Als Gemeinderechner kritisierte er die Lage in seiner Gemeinde und sagte: „Als ich kürzlich jemanden fragte, woher er denn sein Baumaterial habe, hieß es kurzerhand „ja wir haben eine neuntägige Andacht gehalten'. Diese Zustände konnten nur einreißen, weil im ganzen Landkreis nicht durchgegriffen wurde, denn der frühere Landrat wurde oft auf die Schieber aufmerksam gemacht, die bei den Bauern für das Kilo Kartoffeln 4.80 zahlten und sie für 8 Mark in der Stadt verschoben. Es wurde Zeit, daß wir einen neuen Landrat bekamen.

Gen. Arnold (Lahr) stellte fest, daß die SP-Mitglieder in ihrer großen Mehrheit für eine Verschmelzung der Arbeiterparteien sind und es ist bedauerlich, daß die Sozialistische Einheitspartei bei uns noch nicht zugelassen ist.

Es sprachen weiterhin zu all den aufgeworfenen Fragen die Genossen Bohnes (Lahr), Bülkner (Seelbach) und Pfahler (Lahr).

Das Schlußwort hielt Gen. Büche: „Die gesamte Diskussion beweist mit Deutlichkeit, daß es keine Lösung all der angeschnittenen Fragen gibt, ohne zentrale Verwaltung, zentrale Devisenbewirtschaftung und Ernährungslenkung für ganz Deutschland.

Ein harter Kampf wird uns nicht erspart bleiben und niemand darf glauben, daß uns die Früchte mühelos in den Schoß fallen werden. Wir haben aber wirksame Waffen. Die wirksamste ist die Einheit der Werktätigen, die bereits auf dem gewerkschaftlichen Sektor schon vorhanden ist. Auch hier wird versucht, zu spalten, wobei besonders die Amerikan Federation of Labour sehr hervortritt, deren Gegnerschaft zum Weltgewerkschaftsbund ja bekannt ist. Die deutsche Arbeiterschaft ist nicht gewillt, eine Politik nach irgendeiner Himmelsrichtung hin zu treiben, sondern hat den Wunsch, daß ihre Gewerkschaft wieder ein wertvolles Glied in der großen völkerumfassenden Weltgewerkschaftsbewegung werde.

Wir sind zuversichtlich in unserem schweren Kampfe. Es macht uns keine Sorge, wenn den Kriegsverbrechern, den Reaktionären und Militaristen in manchen Gegenden Deutschlands das Leben schwer wird und sie deshalb in unser Gebiet flüchten. Dies beweist uns nur, daß bei uns etwas faul ist und wir den Kampf für eine wirkliche Demokratie auch in Baden mit aller Energie führen müssen.

Parteiarbeiterkonferenz des Stadtkreises Konstanz

Konstanz. Gen. Eckert sprach in einem eindringlichen Referat über die jetzt der Partei und ganz besonders ihren Funktionären gestellten Aufgaben und setzte besonders unsere Stellung zu den wichtigen Fragen der Regierungsbeteiligung, des Verhältnisse zur SP, der weiteren Säuberung und der Frage der Besatzungsmacht auseinander. Weiter befaßte er sich vor allen Dingen mit den Fragen, die gerade unserer Partei als dem aktivsten Teil bei der Vertretung der Interessen des Volkes auch jetzt am nächsten liegen, „Wie kommen wir über den Winter" und „Friede". Er berichtete ausführlich von den Vorbereitungen zur „Demokratischen Aktion", die diesen Zielen: der Behebung der Not im bevorstehenden Winter und der Aufklärung über die besondere augenblickliche weltpolitische Lage, vor allem dienen soll. Die Partei wird in der Säuberung alles Material zur endgültigen Aburteilung der „Großen" sammeln, die „Kleinen" sollen endlich in die demokratische Gemeinschaft zurückgeführt werden. Gen. Eckert forderte auf, böswilligen und ungerechtfertigten Gerüchten und Verleumdungen der Besatzungsmacht, die von bestimmten Kreisen ausgestreut würden, mit vernünftiger Ueberlegung zu begegnen. Er gab weiter einen Ueberblick über die Neueinteilung des Landesvorstandes in 6 Abteilungen. In der lebhaften Diskussion, an der sich die Gen. Hanna Hemm, Fritz Bächler, Wallerwein sen. und jun., Henze, Mirsch, Wascheck, beteiligten, kam vor allem die Uebereinstimmung mit den Ausführungen des Gen. Eckert über den weiteren Weg der Partei in der Entnazifizierung und der einzuleitenden demokratischen Aktion zum Ausdruck, jedoch fand außerdem ein reger Gedanken- und Meinungsaustausch über die übrigen angeschnittenen Fragen statt. Gen. Stoll schlug für die zukünftigen Landesleitungssitzungen aus Zweckmäßigkeitsgründen an Stelle Freiburgs einen zentraleren Ort, wie Donaueschingen u. a. vor, und forderte eine Gesetzesvorlage für die endliche Wiedergutmachung an den OdF. ey.

Abschluß des SED-Parteitags

Berlin. Nach der großen politischen Rede Grotewohls folgte das Referat Walter Ulbrichts: „Der demokratische Neuaufbau in Wirtschaft und Verwaltung". Beide Referate gaben die grundsätzliche Basis für die politische und wirtschaftliche Aussprache des Parteitages.

Ulbricht sagte u. a.: „Das deutsche Volk könnte heute besser leben." Diese Behauptung stützte er durch eine schlüssige Beweisführung. Er führte die Tatsachen an, daß in den westlichen Besatzungszonen seit Herbst 1945 zur Bodenreform, zur Beseitigung des Reichsnährstandes und zur landwirtschaftlichen Planung wenig oder gar nichts getan worden sei. Die Durchführung der Bodenreform hätten bei gleichen Regeln wie in der sowjetischen Zone 370 000 landarmen Bauern, Landarbeitern und Umsiedlern Boden gegeben. Die ungenügende Planung habe die landwirtschaftliche Produktion niedergehalten. Die „Entflechtung" der Industrie, die Kompensationsseuche und Bürokratismus und Schiebertum taten das übrige.

Seine grundsätzlichen Ausführungen umrissen den deutschen Plan der nur durch die deutsche Einheit gesichert werde.

Die außerordentlich lebhafte Aussprache hatte ein hohes Niveau. Dahlem eröffnete die Diskussion mit einer Schau auf die internationalen Möglichkeiten und appellierte an die Kraft der Arbeiterschaft, den wahren Sozialismus durch internationale Solidarität zu formieren.

Käte Kern gab eine historische Begründung für die Gleichberechtigung der Frau vom sozialistischen Standpunkt. Eine glänzende Attacke gegen die Bestrebungen zur monopolistischen Ausraubung des Ruhrgebietes führte Max Reimann. Dann sprach der ehemalige Sozialdemokrat und Minister von Hessen, Hans Venedey - Konstanz.

Venedey über Frankreich-Deutschland

Venedey erklärte, daß die Politik Frankreichs Deutschland gegenüber nicht in eine Linie gestellt werden könne mit der Politik, wie sie England und Amerika betreiben. Frankreich habe stark gelitten, drei Invasionen erfahren, und wir Deutsche verständen gewisse Forderungen Frankreichs, vor allem die Forderung nach Sicherheit. „Aber Frankreich irrt sich, wenn es glaubt, daß seine Sicherheit durch ein einheitliches Deutschland bedroht sei." Wie falsch dieser Glaube ist, wies V. an historischen Beispielen nach, die er sowohl der Geschichte Frankreichs als Deutschlands entnimmt. „Der Föderalismus ist immer nur ein Deckmantel für die Herrschaft reaktionärer Kräfte gewesen." Das beweise nicht nur die Situation in Frankreich am Ende des Krieges 1870/71, das beweise uns vor allem auch Bayern als „Ordnungszelle" nach 1918. „Nur ein demokratisches, fortschrittliches Deutschland, das ist die Garantie für den Frieden." V. wandte sich mit aller Schärfe gegen die chauvinistische Hetze gegen Frankreich und gegen die Sowjetunion.

Ein einiges Deutschland könne es nur geben, wenn die Arbeiterklasse einig sei. Der Fehler war, daß wir es 1918 nicht verstanden haben, die Demokratie wirtschaftlich zu sichen. V. verweist auf die riesenhafte finanzielle Unterstützung, die der Hitlerfaschismus durch die Großkapitalisten, z. B. vom Kohlensyndikat erhielt. Dasselbe Spiel will die Reaktion heute wiederholen.

Sich der Sozialdemokratie zuwendend rief Gen. Venedey aus: „Wir diskutieren nicht gegen die Sozialdemokratische Partei, sondern um die Sozialdemokratische Partei". Der Parteitag quittierte diese Feststellung mit großem Beifall. Wir müssen die Fehler der SPD-Führung aufzeigen. Aber wir sind überzeugt, daß die sozialdemokratischen Genossen eines Tages an unserer Seite stehen werden. „Wer kann guter Sozialist sein und zugleich Gegner der Arbeitereinheit — wer kann es?"

Walter Fisch (Frankfurt) sprach von den schwerwiegenden Problemen im Westen. Erika Buchmann (Stuttgart) hielt eine glänzende Frauenrede.

In seinem Schlußwort sagte Wilhelm Pieck: Es waren fünf Tage angestrengter Arbeit. Alle Lebensfragen unseres Volkes und seiner Neugeburt wurden ausgesprochen und beraten. Sie brachten gleichzeitig als stärkstes Erlebnis die Wiedergeburt der internationalen Verbundenheit der deutschen Arbeiterklasse mit den Arbeiterbewegungen anderer Länder. War die Hitlerperiode für Deutschland dadurch gekennzeichnet, daß sie von der Schürung des Hasses gegen fremde Völker lebte, so stand dieser Parteitag im Zeichen der Völkerverständigung und des Friedens, während der Nürnberger Parteitag der SPD die alte Sowjethetze neu aufleben ließ und damit erneut unser Volk in ernste Gefahren brachte. Pieck legte das Gelöbnis für die ganze Partei ab, daß sie alles tun werde, damit nicht noch einmal von Deutschland eine Kriegsgefahr ausgehe.

Auch zum Schluß sprach Gen. Pieck die sozialdemokratischen Genossen direkt an und ermahnte sie eindringlich, ihr sozialistisches Gewissen zu prüfen, ob sie weiter der Politik eines Dr. Schumacher folgen können. „Unsere Hand bleibt ausgestreckt! Nicht Bruderkampf, sondern Kampfgemeinschaft soll unsere gemeinsame Losung sein. Die Spaltung ist der Tod, die Einheit das Leben."

Von der UN-Versammlung

Lake Success. Der sowjetische Delegierte Gromyko brachte am Samstag eine Resolution ein, in der Griechenland für alle Grenzzwischenfälle verantwortlich gemacht und eine Zurückziehung aller fremden Truppen sowie die Errichtung eines Sonderausschusses zur Ueberwachung ausländischer Hilfe in Griechenland gefordert wird. Wyschinski wiederholte in einer Pressekonferenz sene Angrffe gegen die amerikanischen Kriegshetzer. Dabei beschuldigte er vor allem Dulles und McNeil. Polen forderte die UN auf, den Marshall-Plan zu verwerfen und darauf zu bestehen, daß der europäische Wiederaufbau im Rahmen der Vereinten Nationen durchgeführt werde.

US-Warnung an deutsche Gewerkschafter

New York. (Südena-AFP) Kürzlich abgegebene Erklärungen von deutschen Gewerkschaftsführern zu der Demontage verschiedener Werke der BI-Zone wurden in der „New York Herald Tribune" behandelt. Die Zeitung billigt die Warnung General Clays, wonach ein eventueller deutscher Widerstand durch Einstellung der Lebensmittelzuteilungen beantwortet werden soll und erklärt: „Jeder Widerstand der deutschen Arbeiter muß als Kriegserklärung aufgefaßt und ebenso rigoros bekämpft werden wie ein Krieg selbst. In dieser Angelegenheit darf Deutschland nicht befragt und es darf keine Rücksich auf seine Wünsche genommen werden."

Außenministerkonferenz Ende November

London. Die für Anfang November vorgesehene Konferenz der vier Außenminister wurde auf Ende November verschoben.

KP lehnt Saar-Verfassung ab

Saarbrücken. Die Verfassungskommission hat mit 18 gegen die 2 Stimmen der Vertreter der KP den „Verfassungsentwurf der Verfassungskommission des Saarlandes" angenommen. Getragen von ihrer Verantwortung für die Zukunft von Volk und Heimat haben die kommunistischen Vertreter aus politischen, kulturellen und wirtschaftlich-sozialen Gründen den Verfassungsentwurf abgelehnt.

Kleine Zeitung - Neuigkeiten des Tages

STUTTGART. Die Hausfrauenverbände Württemberg-Badens protestierten bei der Verwaltung für Ernährung und Landwirtschaft gegen eine Anordnung, nach der für ausfallende Kartoffel-Zuweisung kein Ersatz geliefert werden soll.

ULM. Die Schiffahrtsverbände Süddeutschlands haben die Schaffung einer Wasserstraße Donau–Bodensee vorgeschlagen. Der Kanal soll von Ulm nach Friedrichshafen führen.

MÜNCHEN. Die 11. Landesfrauenkonferenz der KP Bayerns findet am 4. und 5. Oktober in Regensburg statt.

KÖLN. Die belgische Regierung verlangt 750 Millionen Kilowattstunden aus dem westdeutschen Stromnetz.

WEIMAR. Nach Eröffnung der Volkshochschule in Gotha und Schmalkaden gibt es in Thüringen insgesamt 18 Volkshochschulen.

HALLE. 2500 Tonnen Rohphosphate werden monatlich aus der Sowjetunion eingeführt und zu Superphosphat für die Landwirtschaft verarbeitet.

DRESDEN. In Gaschwitz bei Leipzig wurde das frühere Herrenhaus des Rittergutes zur Schule ausgebaut.

WIESBADEN. Als ein Nebeninstitut der Akademie der Arbeit an der Universität Frankfurt wurde in Oberursel eine Gewerkschaftsführerschule eröffnet.

BERLIN. Auf einer interzonalen Techniker-Tagung nahmen insgesamt 75 Delegierte aus der sowjetischen Besatzungszone und der Bi-Zone teil.

BERLIN. Die Prägung neuer 5- und 10 Pfennig Stücke wurde vom Alliierten Kontrollrat genehmigt.

HAMBURG. Der ehem. SS- und Polizeiführer Graf von Bassewitz-Behr wurde an die Sowjetunion ausgeliefert, da er an der Tötung von 45 000 russischen Zivilisten beteiligt war.

LONDON. Ein ferngelenktes Flugzeug, das von zwei Schiffen gesteuert wurde, überquerte den Atlantik.

JERUSALEM. Ein arabischer Proteststreik gegen die Teilung Palästinas wurde für alle arabischen Länder zum 3. Oktober beschlossen.

NEW YORK. Die jugoslawische Regierung lud offiziell sechs amerikanische Persönlichkeiten ein, die sich persönlich an Ort und Stelle von der tatsächlichen Lage an der griechisch-jugoslawischen Grenze überzeugen sollen.

Sport-Echo

Süddeutsche Fußballmeisterschaft

Eintracht Frankfurt kam am Samstag auf eigenem Platz gegen den Oberliganeuling Sportfreunde Stuttgart mit einem 3:1-Erfolg zu den ersten Pluspunkten. Die Stuttgarter Kickers besiegten die Gäste von 60 München 4:0 (2:0) und behaupteten damit weiterhin ihre Spitzenstellung mit einem Torverhältnis von 13:0 und 8:0 Punkten.

Ergebnisse am Sonntag: FC 05 Schweinfurt gegen Kickers Offenbach 1:1, Rotweis Frankfurt gegen Waldhof Mannheim 2:1, 1. FC Nürnberg gegen Necharau 4:2, Schwaben Augsburg — VfB Frankfurt 5:1, Bayern München — VfB Mühlburg 4:0, Viktoria Aschaffenburg — Ulm 46 2:1, VfB Stuttgart — Wacker München 2:1, VfR Mannheim gegen SpVgg Fürth 5:1.

Spiele der Zonenliga

Nord: Phönix Ludwigshafen — 05 Mainz 0:0; SV Gonsenheim — Tus Neuendorf 1:2; 1. FC Kaiserslautern — FK Pirmasens 2:1; Andernach gegen Wormatia Worms 1:3; 1. FC Saarbrücken — SV 05 Trier 3:0; VfB Neunkirchen — SV 05 Saarbrücken 4:2. — Süd: Singen — Offenburg 0:2; Fortuna Freiburg — SV Rastatt 1:1.

Vor rund 50 000 Zuschauern siegte am Sonntag im Frankfurter Stadion der Exweltmeister Max Schmeling in seinem ersten Aufbaukampf über den Magdeburger Werner Vollmer, den er mit einem rechten Schwinger in der 7. Runde für die Zeit zu Boden schlug.

UNSER TAG
Volkszeitung für Baden Organ der KP
Chefredakteur Dr Karl Bittel
Redaktion (17b) Offenburg, Metzgerstr 1
Tel. 1374. Telegramm-Adresse Neutag Offenburg — Verlag. Südwest-Verlag GmbH, (17b) Offenburg, Hauptstr. 115, Postfach 461, Fernruf 1207. Erscheint mittwochs u. freitags. — Bezugspreis monatl 1.50 Mk einschl. Trägerlohn, b. Postbezug zuzügl. Bestellgeld
Druck: Buchdruckerei A. Reiff & Cie., Offenburg

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

DER TAG DER FRAU

Demokratische Frauenaktion

Gibt es unter den schaffenden Frauen heute noch welche, die dem kommenden Winter nicht mit Sorgen, ja mit Schrecken entgegen sehen? Ich glaube kaum.

Das sieht doch nun allmählich jeder, daß es so einfach nicht weiter gehen kann. Mit dieser Feststellung allein kommen wir jedoch nicht weiter. Wir müssen den Mut haben, uns von alten Vorurteilen zu lösen. Wenn die alten Methoden versagen, müssen neue gesucht und herausgearbeitet werden. Wir können uns den alten Verwaltungstrott eben einfach nicht mehr leisten. Wir müssen, genau wie in der kleinen Speisekammer unseres Haushalts auch in der Gesamtspeisekammer unseres Volkes sehr ökonomisch denken und handeln lernen.

Wagt noch eine von Euch zu fragen: haben wir Frauen denn etwas mit der Volkswirtschaft zu tun? Und ob wir etwas damit zu tun haben! Es ist ja unser und unserer Kinder Leben, es ist die Existenz unserer Familie, um die es in der kommenden Katastrophenzeit geht. Es ist allerhöchste Bereitschaft nötig, daß wir durch diesen Winter ohne allzuschwere Schäden durchkommen.

Wo fängt unser Notzustand an? Wo hört er auf? Kartoffeln! Kohlen! Kleidung, Fett, Gemüse, Obst — kurz und gut, alles, was wir dringend zum Leben brauchen! Ja, wir wissen es, alles das ist knapp, und nicht nur bei uns. Nach Göring waren wir Deutschen im Krieg die letzten, die hungern sollten, dafür sind wir jetzt als Folge dieser Nazi-Politik die ersten, die hungern.

Die ewigen Klagen, daß wir ein besetztes Land sind und deshalb an unserm Mangel nichts ändern können, nutzen gar nichts. Gewiß, wir sind ein besetztes Land, und das ist hart und bitter für uns. Aber wir sind es durch unsere Schuld, das sollten wir nicht so leicht vergessen. Doch nichts kann uns hindern, für unser Recht als Frauen und Mütter einzutreten, unsere Familien am Leben zu erhalten. Wir wissen genau: unsere Not und unser Elend hat entscheidendere Ursachen. Es wird doch produziert — oder nicht? Unsere Bauern schaffen und erzeugen doch Nahrungsmittel! Aber ein großer Teil verschwindet in die Kanäle des schwarzen Marktes und wird vom Tauschhandel aufgesogen. Gelegentliche Appelle an die christliche Moral bleiben ergebnislos — im Gegenteil!, die unchristlichen Wirtschaftsmethoden wuchern lebhaft weiter. Täglich können wir Berichte über versteckte Lager von Lebensmitteln und anderen Bedarfsgütern lesen. Darüber sich aufzuregen und mit der Nachbarin ein wenig darüber zu tratschen, hat keinen Wert. Helfen gegen diese Zustände und herausführen aus ihnen kann nur das gemeinsame Vorgehen der Frauen aller Schichten.

Wo aber sind bei uns die Frauenausschüsse, die sich darum kümmern und mitbestimmen helfen, daß das noch Vorhandene gerecht und zweckmäßig verteilt und verwertet wird? Wo sind die Frauenorganisationen, die sich einschalten in den praktischen Abwehrkampf gegen Hunger und Kälte im kommenden Winter? Wo ist dieser gemeinschaftliche Wille, ein neues Leben aufzubauen?

Nur wenn wir arbeitenden Frauen aus Büro und Fabrik, aus Werkstatt und Laboratorium, zusammen mit den Hausfrauen unsere Interessen gemeinsam vertreten, können wir eine Besserung der Lage erwarten.

Die Mitarbeit der Frauen im öffentlichen Leben ist in Südbaden bisher mehr als kümmerlich. Der vor kurzem ins Leben gerufene „Badische Frauenring" hat sich als überparteiliche, fortschrittliche Frauenorganisation erst noch zu beweisen. Wir Frauen müssen heraus aus unserer Isolierung, wir müssen uns zusammenfinden in einer überparteilichen demokratischen Frauenorganisation. Nur so, in der gemeinsamen Arbeit, in der zusammengefaßten Kraft der Frauen aller Schichten, werden wir in der schweren Krisenzeit, die noch vor uns liegt, etwas erreichen. Ganz gleich, ob es sich um Kartoffeln oder Notkindergärten, ob es sich um zusätzliche Brennstoffversorgung oder um Obsterfassung, ob es sich um Wärmestuben für den Winter oder um die Sorge für unsere Alten und Hilfsbedürftigen handelt. Diese Aufgaben, wenn sie auch örtlich verschieden sind, stehen vor uns Frauen als Gesamtheit. Nicht tatenlos zu warten und jammern: wir können doch nichts ändern. Doch, wir können sehr viel ändern!

Wir sind überzeugt, daß eine planmäßig organisierte Selbsthilfe, daß eine demokratische Frauenarbeit uns die schweren Notzustände dieses Winters überwinden hilft. Mia Bittel

Frauen aus Ost und West

trafen sich auf dem Parteitag der SED in Berlin. Sie konnten entscheidende Errungenschaften für die Frau im öffentlichen Leben in der Ostzone feststellen. Das Mitbestimmungsrecht in Lohnfragen, die Arbeit in der Volkssolidarität, die nicht nur Hilfswerk und Wohlfahrt, sondern praktische Aufbauarbeit ist, wurden lebhaft diskutiert. Ueberhaupt kamen die Stimmen der Frau in der Diskussion stark zum Durchbruch.

Der Anteil der weiblichen Mitglieder in der SED mit 2490 ist so hoch, wie bisher noch in keiner Partei, doch das befriedigt noch keineswegs in Anbetracht des Anteils der Frau an der Gesamtbevölkerung.

Auf der Tagung der „Internationalen Frauenföderation" in Stockholm wird eine Delegation des „Demokratischen Frauenbundes Deutschlands" teilnehmen.

Frauen unterhalten sich

„Haben Sie nichts gehört, Frau Bader, wann endlich unser Juli-Zucker kommt? Wir brauchen ihn doch so nötig."

„Nötig gebrauchen, Frau Beyer? natürlich! aber Zucker ist eben sehr knapp, es gibt keinen."

„Gibt keinen? na hören Sie mal. Ich hab grad gelesen, daß in Oberstdorf von einem Direktor Olfe 40 000 Pfd. Zucker versteckt waren, und 20 000 Pfd. hatte er schon in's Rheinland verschoben — und da soll's keinen Zucker geben? wenn die Behörden ihn nur zu finden wüßten!"

„Na ja, aber von dem Zucker in Oberstdorf hätten wir in Südbaden doch nichts abbekommen, oder?"

Warum nicht, Frau Bader? wenn's keine Zonengrenzen mehr gibt, kann's dahin kommen, wo's gebraucht wird. Und überhaupt: Hamsterlager gibt's auch in Südbaden! es ist schon Zucker da. Fragt sich nur, für wen."

* * *

„Sag mal, Anne, fährst Du mal mit mir nach Konstanz zur Wahrsagerin? ich hab' keinen Mut allein."

„Zur Wahrsagerin, Theres?"

„Ja, ich will sehen, ob Sie mir was über Johann sagen kann. Immer und immer Ungewißheit ist schlimm — man klammert sich halt an jeden Strohhalm. Glaubst Du nicht an die Wahrsagerin? es gehen doch so viele Frauen hin."

„Ja, sehr viele. Wir Frauen klammern uns eben an jeden Strohhalm. Und doch kann uns keiner helfen, als wir selbst. Ich will Dir's nur sagen, Theres: ich war auch schon bei der „klugen Frau" wegen Otto, zwei Mal — das Wartezimmer ist immer mit Frauen überfüllt."

„Was muß man denn sagen, wenn man kommt?"

„Nicht viel, sie weiß schon, weshalb man kommt."

„Und was hat sie Dir gesagt, Anne?"

„Das erste mal sagte sie, Otto lebe noch. Dann sagte sie ganz allgemein: wir hätten eine männliche Leiche im Haus gehabt — das stimmte ja, unser Opa war im Sommer gestorben. Das zweite mal sagte sie, Otto befinde sich jetzt in einer schweren Lage — da waren meine Sorgen nur noch größer. Man weiß nicht mehr, was denken und quält sich hin und her."

„Das ist wahr — man kommt dadurch immer noch mehr in die Unruhe."

„Aber das will ich Dir noch sagen, Theres: von meinem Bruder Karl sagte sie beide Male bestimmt, daß er noch lebt und es ihm gut gehe. Bald darauf bekamen wir dann die Nachricht, daß er tot ist. Ich bin dann nicht mehr hingegangen."

„Was muß man der Frau denn geben?"

„Muß? Garnichts. Aber jede gibt natürlich. Das erste Mal brachte ich ein gutes Vesper, das zweite Mal gab ich 5 Mark; manche geben mehr."

„Hat die Frau lange mit Dir gesprochen?"

„Fünf bis sechs Minuten; die nächste Frau nahm mir schon wieder die Tür aus der Hand. Ueberlege mal Theres: 50—60 Frauen, das gibt ein Vermögen schon an einem Tag. Und woher? Aus unserer Notlage und Dummheit. Da bin ich ein Drittes mal nicht mehr hingegangen."

„Recht hast Du, Anna, ich laß es gleich das erste Mal bleiben."

* * *

„Und unsere drei Zentner Einkellerungskartoffeln, die unser Staatspräsident uns bei der Ernte gleich ab Feld in Aussicht gestellt hat? wo bleiben die?"

„Sie fragen zu viel, Frau Müller. Haben Sie die neuesten Beschlüsse noch nicht gelesen? 25 kg gibt es bei Beginn der Ernte, und dann, je nach Anfall, weiteren Aufruf. Es wird versichert, daß jeder Aufruf auch erfüllt wird."

„Also wieder auf die lange Bank geschoben. Weitere Aufrufe nach Anfall — daran hängt's dann. Wir wollen doch leben! 150 kg bis zur nächsten Ernte ist doch nicht zu viel? Aber wenn wir auch nur 120 oder 100 kg bekämen, aber sofort in unsere Haushaltkeller. Da erfriert und fault keine, wenn nötig, drehen wir sie jeden Tag um. Und vor allem, Dingen: die Kartoffeln im Familienkeller, die hat der schwarze Markt gesehen.

Können die Behörden denn das nicht einsehen? warum setzen sie unsere wichtigen Lebensfordeurngen nicht durch?"

„Sie fragen zu viel, Frau Müller. Sie fragen zu viel."

Für die deutschen Frauen

Ueber Prozesse gegen Angehörige des Spandauer 9. Polizei Reserve-Bataillons, die zugaben, kleine Kinder vor den Augen ihrer Mütter auf schreckliche Weise, während des Ueberfalls auf Sowjetrußland, umgebracht zu haben, brachte die Presse Berichte. Die Schuldigen wurden, — da die Sowjetunion die Todesstrafe abgeschafft hat, — zu Freiheitsstrafen von 10—25 Jahren verurteilt.

Mit blutenden Worten
soll man es deutschen Frauen sagen:
deutsche Soldaten haben an allen Orten
Kinder erschlagen!

Ist das zu denken in unserm Land,
daß man, ja, ein richtiger Mann
mit seiner gewöhnlichen Hand
ein Kind totschlagen kann?

Aber die Frauen bei uns, die ihre eignen Kinder ansehn,
müssen wissen,
mit ihrem Herzen und ihrem ganzen Gewissen:
das hat geschehn können, grade das ist geschehn!

Und, mit ihrer gewöhnlichen Hand auf dem Haar
ihrer eignen Kinder, müssen die deutschen Frauen schrein:
Ja, das war wahr —
und das darf nie wieder sein!

Darum, mit heftig werdenden zärtlichen Gebärden,
sagen die deutschen Frauen: Deutschland muß anders werden —
und, während sie das Licht über ihren Kindern entfachen:
wir, wir selbst müssen Deutschland anders, ganz anders machen!

Rudolf Leonhard

Ich liebe den Frieden heiß, denn nur in Friedenszeiten gedeihen die Völker. Nur in Friedenszeiten werden sie groß.
Wir Frauen wollen keinen Krieg.

Passionaria,
die spanische Freiheitskämpferin

Wir Frauen möchten Taten sehen

Die ausgiebigste Diskussion in der letzten Parteiversammlung in Tiengen gab es über den aufgelösten Sozialausschuß. Die meisten verurteilten diese Auflösung. Unsere beiden Vertreter vom Sozialausschuß konnten berichten, daß das Vertrauen zwischen Ausschuß und Bevölkerung besser geworden war und die Zusammenarbeit mit den anderen Parteien gut gewesen sei. Es sei doch so manche arme Mutter und sonst hilflose Familie durch die gerechte Verteilung zu Spinnstoffwaren und Schuhen gekommen. Sehr kritisiert wurde dagegen, daß die Beamtin der Kartenstelle und der Vorsitzende vom Ausschuß bei der Schuhverteilung vom 12. August vom Sozialausschuß bewilligte Schuhe gestrichen und anderweitig vergeben hätten. Das geht natürlich nicht und muß schärfstens verurteilt werden.

Jetzt soll der Wohnungs- und der Sozialausschuß vom Gemeinderat vertreten werden und da müssen unsere Tiengener Frauen auf dem Posten sein! Wir müssen von unseren Vertretern verlangen, da bei der Verteilung von jeder Art Mangelware, Frauen zugezogen werden! Wir müssen ferner von den Gemeinderäten und dem Bürgermeister verlangen, daß schon jetzt ein Notprogramm aufgestellt wird, um dem kommenden Hungerwinter zu begegnen, daß unsere hungrigen Kinder gespeist und an die armen alten Leute Suppen verteilt werden. Solche Sachen wollen vorbereitet sein und wir Frauen müssen uns dafür einsetzen.

Das alles ist wichtig für uns Frauen, viel wichtiger als lange Reden im Gemeinderat! Wir Frauen möchten Taten sehen! J. S.

Vitamine des Lebens

Auf der Tagung des Frauenrings der englischen Zone kam als männlicher Referent Walter von Hollander zu Wort mit dem Thema: „Was erwarten wir Männer von den Frauen?" Es ist uns Frauen interessant, diese Männer-Wünsche einmal klar ausgesprochen zu hören. Wir wollen vorweg bemerken, daß uns ein Thema: „Wie können wir Männer mit den Frauen gemeinsam Deutschlands schwere Notlage ändern?", mehr zugesagt hätte. Aber hören wir den Redner. Er führte aus, daß die Schönheit und Anmut der Frauen die „Vitamine des Lebens" für den Mann seien, und daß der Mann den Ballast des Alltags bei der Frau vergessen und ablegen möchte. So, so, das ist gewiß bequem! Was für Männer und Frauen meint Hollander wohl? Die Trümmerfrauen unserer zerbombten Städte haben sicher nichts dagegen, wenn die Männer, die so denken, ihnen ihre schwere Arbeit abnehmen würden.

Auch wir schaffenden Frauen lieben „Schönheit und Anmut" um unserer selbst und um der Gemeinschaft willen und wir werden auch dafür zu sorgen wissen, daß die Möglichkeit, schön und anmutig sin zu können, einmal allen Frauen gegeben ist. Dem Redner raten wir: mit dem Ballast seines Alltags, den er gerne bei der Frau abladen möchte, mit dem muß er schon allein fertig werden — den Frauen von heute sind andere Aufgaben gestellt.

Die Ausführungen des Referenten stießen auf lebhaften Widerspruch.

Kahederdummheit

An der technischen Hochschule München las Dr. Weinrich im Sommersemester 1947 (!) über „Grundprobleme der sozialen Politik" und löst die Frauenfrage auf folgende Weise: „Hierher gehört auch der Unsinn der beruflichen und politischen Gleichberechtigung der Geschlechter, die offenbar in der natürlichen Ordnung keinen Grund findet" (Von wem ist diese natürliche Ordnung gesetzt?): „Frauenarbeit ist Arbeit in Haus, Küche, Stall und Garten". (Daß es Frauen gibt, die heute kein Haus, keine Küche, keinen Stall und keinen Garten mehr haben und gar solche, die nie einen gehabt haben, davon hat der Herr Professor wohl noch nie etwas gehört?) Jetzt aber kommt die Lösung: „Die beste bisher in Europa gefundene Lösung der Frauenfrage . . war die Herausnahme derer, die nicht in der Familie ihre Lebensaufgabe finden konnten, aus der Staat, der sich eben aus Vollfamilien zusammensetzt, in den Bereich der Kirche".

Da haben wir's! . . . Daß tausende deutscher Frauen heute die Ernährer ihrer Familien sind, daß unzählige Frauen der heutigen Generationen niemals eine Familie werden gründen können, daß die Frauen heute zu einem entscheidenden Teil am Wiederaufbau Deutschlands mitarbeiten, das alles weiß ein Hochschulprofessor nicht? Da braucht man sich über den Geist, der an den Hochschulen herrscht, nicht zu wundern. Herr Dr. Weinreich und Herr Hundshammer ziehen am gleichen Strick, aber der Strick wird reißen. Er ist morsch.

EIN BRIEF

Er hat mich nach vielen Umwegen doch erreicht, dieser Brief aus dem Spreewald. Beigelegt ist eine kleine Fotografie: ein alter Arbeiter mit seiner Frau, Menschen, wie es Tausende gibt — und doch Menschen einer besonderen Art. Hier der Brief:

„Liebe Genossin!

Die Sehnsucht nach der Heimat treibt mich, einige Zeilen an Sie zu senden. Ich las in dem Buch, das wir auf dem Kongreß mitbekamen, und fand mit großer Freude Ihre Adresse. Es ist eine Freude für den, der mit ganzem Herzen seiner Heimat gedenkt. Ja, Heimat ist Heimat! Ich möchte Sie bitten, wenn Sie mal eine Stunde übrig haben, schicken Sie mir ein paar Zeilen: wie es dort, wo ich geboren und erzogen worden bin und noch immer hin will, geht . . . Existiert in Hohenheim das Schloß noch? Dort war meine Mutter als Köchin. Ich bin in Stuttgart geboren. Und das Schloß in Stuttgart, die alte Weinsteige und die Zahnradbahn? Ach, die wunderbare Gegend! In Blieningen bin ich bis zu meinem 14 Jahr erzogen, bei einer Weberfamilie, und mußte viel arbeiten. Meine Jugend war schon ein harter Kampf.

Mit 19 Jahren trat ich als gelernte Tabakarbeiterin in die damalige Bewegung ein und lernte meinen Mann kennen. Wir wohnten erst in Schorndorf und zogen dann nach Eschwege. Da gab es schon die schwarzen Listen . . . Die Großkapitalisten waren immer schon orientiert, ehe man nur nach Arbeit frug. Und das Referieren war damals schwer für uns. Es hielt uns nicht ab. So waren bald sieben Jahre unter dem ärmsten Hessenvolk um. Von da gingen wir nach Goslar, um dort bessere Löhne zu schaffen. Der Menschenschlag dort hatte Herzensbildung, die Natur war schön — ein ein halbes Jahr und dann mußte unsere Zigarrenfabrik weg, weil sie nicht schön genug war für eine Stadt der Auslandsdeutschen.

Dann kamen wir nach Nauen bei Berlin. Weil sonst zwei andere arme Leutchen gehen sollten gingen wir freiwillig nach Templin in der Uckermark. Die Leute dort waren gut, wieder wurde eine Zahlstelle gegründet. Nach mühevoller Arbeit war endlich alles im Verband — dann 29 Wochen Streik. Mein Mann leitete die Arbeit zur Wahl von Karl Liebknecht, dem Freund aller Armen und Bedrückten. Nach der Wahl, weil wir nicht siegten (rund um uns waren alles Güter mit großen Wachhunden, die uns mit unseren Blättern nicht ran ließen), 29 Wochen ausgesperrt. Da hat mein Mann allen Arbeit beschafft. Wir sollten eine Hausmeisterstelle bekommen — aber mein Mann sollte aus der Partei austreten. Er sagte: „Mein Leben soll hier keinen Punkt bekommen — wir gehen auch!" Schwer, mit 9 Mark Arbeitslosenunterstützung!

Dann kam Hausarbeit in Senftenberg unter elendem Lohn, aber die Kohlenkumpels waren ehrliche Sozialisten. Da kam der Krieg im Dritten Jahr. Ich stand allein. Eben hatte man sich aufgerappelt. Ich zog zu dem Wendenvolk. Ich habe eine Tochter, Schwiegersohn und ein Enkelchen. Mein Sohn war Kellner im Ausland und ist mit 34 Jahren am Herzschlag gestorben. Mein Mann ist schon sechs Jahre tot.

Aber ich vergesse meine Heimat nicht bis zu meinem letzten Atemzug. Und sage gleich dem Dichter: Nur der ist in tiefster Seele treu, der seine Heimat liebt! Ich weiß nicht, wie Sie mein Schreiben auffassen, aber ich nehme an, Sie werden mich als Genossin verstehen. Und ich grüße Sie herzlich . . ."

Ja, Du liebe, unbekannte Genossin, ich verstehe Dich. Und mehr: ich bin stolz auf Dich. In den einfachen Worten Deines Briefes hast Du, ohne es zu wollen, Deinem toten Mann, Dir und den vielen tausenden Genossen und Genossinnen der Generation vor uns ein Denkmal gesetzt. So wie Dein Leben war das ihrige: hart und schwer und voll von Kampf und Sorgen. Wir von heute sind Eure Schuldner — Ihr habt unserer Arbeit das Fundament gegeben. Das, worum Ihr gestritten habt, wollen wir schaffen: die Einheit der Arbeiterschaft im Kampf um Frieden und Brot. Daß wir viele von Euch noch heute Seite an Seite mit uns finden, ist unser Stolz und gibt uns Mut. In herzlicher Verbundenheit bin ich Deine Genossin

Erika Buchmann (Stuttgart).

Dame und Arbeiterin

. . . „die nächste Patientin, bitte!"

Eine gutgekleidete Frau, Mitte 40, betritt das Sprechzimmer. Die Sprechstundenhilfe nimmt den den Krankenschein ab.

„Bitte, gnädige Frau, nehmen Sie Platz, was fehlt Ihnen?" Die „Dame" freut sich der zuvorkommenden Behandlung und schildert dem Arzt kurz ihre Leiden: sie hat in den letzten Monaten stark zugenommen, die klimakterischen Beschwerden (Mitte 40!) sind äußerst heftig und sie fürchtet, etwa ein Myom zu haben.

Gründliche Untersuchung. Liebenswürdig beschwichtigend: „Nein, gnädige Frau, kein Myom" Freundliche und eingehende Erklärung über das Allgemeine der Beschwerden, aber, „da kann man natürlich Abhilfe schaffen".

„Vielleicht könnten Sie mir Ovarial verschreiben" äußert die Patientin bescheiden. Der Arzt zückt bereitwillig den Federhalter, läßt sich den Krankenschein reichen, um den Namen der „Dame" auf dem Rezept richtig zu schreiben und liest: die Frau ist Arbeiterin.

Völliger „Stimm"-wechsel: „Ja, gute Frau, was fällt Ihnen denn ein, die Beschwerden der Wechseljahre müssen überwunden werden, ohne daß man zum Arzt läuft. Das muß jede Frau durchmachen. Wohin sollte das denn führen, wenn auch schon die Arbeiterinnen Ovarial haben wollten."

Wenn die Frau Geld gehabt hätte, würde sie die Konsultation beglichen und gefragt haben: „Werden Sie mir als „Dame" das verschreiben, was ich als Arbeiterin nicht beanspruchen darf?" Aber sie hat kein Geld, sie kommt aus Schlesien, dreht jeden Pfennig um, versorgt in Abwesenheit des Mannes durch schwere körperliche, ungewohnte Arbeit drei halberwachsene Kinder. Aber sie hat unter den Arbeiterinnen ihres Betriebes Menschen kennen gelernt, die ihr menschlicher erscheinen als die Leute ihres früheren „gehobenen" Kreises und kennt nun endlich auch den Unterschied zwischen Dame und Arbeiterin

Für die Frauenbeilage verantwortlich: Mia Bittel.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Wo bleiben Zucker, Eier, Maismehl?

Überfällige Rationen

Freiburg. Nun fehlt der Bevölkerung der so dringend benötigte Zucker für ganze drei Monate (Juli, August und September). Eine Ankündigung, wann man gedenkt, diesen Rückstand nachzuholen, vermissen wir bis auf den heutigen Tag. Ebenso verhält es sich mit den bereits Mitte Juli aufgerufenen drei Eiern. Obwohl einzelne Geschäfte diese längst verabfolgt haben, fehlt die Zuteilung noch für den größten Teil der Bevölkerung. Wir finden es unverantwortlich, daß man einen Aufruf erläßt und monatelang auf die Ausgabe gewartet werden muß.

Ferner ist die Ausgabe von Maismehl mit 900 Gramm je Monat für August und September rückständig.

Wir fragen im Namen der hungernden Bevölkerung das Ernährungsministerium nach dem Verbleib dieser längst überfälligen Rationen.

Das Ernährungsamt macht aufmerksam

Freiburg. Die Lebensmittelkarten von Juli und August sind weiterhin gut aufzubewahren.

Die Kleinhändler werden gebeten, darauf zu achten, daß die Lebensmittelkarten mit Namen versehen sind.

Keine Abschnitte abtrennen, auf die noch nichts aufgerufen ist!

Omira-Buttermilchpulver wird in den Sorten A und B geliefert sowie Omira-Buttermilchpulver süß (Die Type „süß" ist nicht für Säuglinge geeignet) worauf bei der Verteilung zu achten und beim Aufruf hinzuweisen ist.

Die Kontrollen im August

Freiburg. Das Bad. Ministerium der Landwirtschaft und Ernährung teilt mit:

Von der Kontrollabteilung des Ministeriums wurden im August Kontrollen der Viehablieferung in den Kreisen Bühl, Donaueschingen, Emmendingen und Freiburg, und der Milcherfassung in den Kreisen Freiburg, Lahr, Offenburg und Wolfach durchgeführt. Weiter wurde die Obstablieferung im Landkeis Bühl überwacht.

In 169 Fällen wurden landwirtschaftliche Erzeugnisse Hamsterern und Schwarzhändlern abgenommen und den Sammelstellen zu Verteilung an bezugsberechtigte Verbraucher nach Abschluß der eingeleiteten Ordnungsverfahren zugeführt. Hierbei wurden erfaßt: Obst 17 185 kg, Gemüse 1232 kg, Kartoffeln 335 kg, Mehl 36,6 kg, Fett 26 kg, Fleisch und Wurstwaren 58 kg, Butter 1 kg, Tabak 45,5 kg, Branntwein 38 Liter, Wein 7,5 Liter, Konservendosen 158 Stück.

Um eine gleichmäßige Verteilung der Kartoffeln der neuen Ernte an die Bevölkerung zu ermöglichen, werden die Kontrollen verstärkt werden und alle unrechtmäßig unterwegs befindlichen Mengen ebenso wie die zum Vergehen benutzten Transportmittel werden eingezogen werden.

*

Stimmt es, daß selbst kleinste Mengen abgenommen wurden? Dies wäre ein unmöglicher Zustand.

Aus dem Freiburger Stadtrat

Wiederaufbau -- nichtöffentlich?

Freiburg. Am 23. September fand die zweite Stadtratssitzung statt, die in nichtöffentlicher Beratung zu den Fragen des Wiederaufbaues Stellung zu nehmen hatte. Die kommunistische Fraktion, die in der Berichterstattung über alle wichtigen Fragen der Bevölkerung gegenüber eine ihrer verpflichtenden Aufgaben sieht, konnte es nicht mehr länger verantworten, daß durch nichtöffentliche Sitzungen, die zum Schweigen verpflichten, ihr die Möglichkeit genommen wird, gerade zu so brennenden Problemen wie die Frage des Wiederaufbaues öffentlich Stellung zu nehmen. Die Fraktion der Kommunistischen Partei hat deshalb folgenden Antrag eingebracht:

Die nichtöffentlichen Sitzungen des Stadtrats wurden gegen die Stimmen der kommunistischen Fraktion beschlossen mit der Begründung, Aufgaben zu besprechen, die noch bestimmter Klärung bedürfen und deshalb noch nicht spruchreif seien. Die Praxis der nichtöffentlichen Sitzungen hat aber gezeigt, daß sie nicht den Zwecken dienen, die zu ihrer Einführung als Begründung gegeben wurden. In den bis heute durchgeführten nichtöffentlichen Sitzungen wurden Aufgaben behandelt, ja sogar Beschlüsse gefaßt, über die die Bevölkerung nur durch das Inkrafttreten von Gesetzesparagraphen unterrichtet wurde. (Trümmerbeseitigung).

Diese, jeder Form von Demokratie hohnsprechende Methode lehnt die kommunistische Fraktion ab und verlangt die sofortige Aufhebung der nichtöffentlichen Sitzungen. Die kommunistische Fraktion wiederholt nochmals ihre Auffassung, die sie bei der Beschlußfassung über die nichtöffentlichen Sitzungen abgeben hat. Der Stadtrat, d. h. die Gewählten der Bevölkerung, dürfen keine Geheimnisse vor der Bevölkerung haben. Deshalb verlangt die kommunistische Fraktion die Behandlung aller Fragen vor dem Forum der breiten Oeffentlichkeit.

Zu diesem Antrag äußerte sich der Oberbürgermeister, daß er auf Grund der Gemeindeordnung das Recht habe, nichtöffentliche Sitzungen einzuberufen. Der Antrag wurde mit allen gegen die Stimmen der KP abgelehnt.

In längerer Diskussion einigte man sich aber doch noch, die grundsätzlichen Fragen des Wiederaufbaues in öffentlicher Sitzung zu besprechen. Die 6½stündige Stadtratssitzung wechselte nun von einer nichtöffentlichen in eine öffentliche Sitzung. Das Geheimnis, warum die Frage des Wiederaufbaues in einer nichtöffentlichen Sitzung behandelt werden soll, war: Der Stadtrat sollte in letzter Instanz über Genehmigung oder Ablehnung von Bauvorhaben einiger Freiburger Geschäftsleute entscheiden, wobei einige Stadträte der CSV und der DP anscheinend den Mut nicht aufbrachten, obwohl es um die Interessen aller Ausgebombten und Wohnungssuchender geht, in einer öffentlichen Sitzung ein Nein zu sagen.

In öffentlicher Sitzung gaben nun Dir. Klein vom Wiederaufbaubüro und Amtmann Dittes über den Stand des Wiederaufbaues einen Ueberblick. Dir. Klein führte aus: Am Wiederaufbau sind 250 Arbeiter beschäftigt. Baumaterial ist für diese geringe Zahl von Arbeitern genügend vorhanden. An 400 Baustellen wird gearbeitet, dadurch werden die Arbeitskräfte zu stark verzettelt. Bei einer besseren Lenkung der Arbeitskräfte könnte noch eine ganze Anzahl von Wohnungen vor dem Winter fertiggestellt werden. Anschließend brachte die kommunistische Fraktion ihren in letzter Sitzung schon zur Verlesung gebrachten Antrag ein:

Der Stadtrat wolle beschließen, jede Bautätigkeit an Baustellen, die nicht dem Wohnungsbau dienen, ist ab sofort bis zum 1. Februar 1948 einzustellen. Alle an diesen Bauten beschäftigten Arbeitskräfte sind sofort dem Wohnungsbau zuzuweisen.

Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der KP abgelehnt.

Die SP brachte einen Antrag ein, der grundsätzlich dem Wohnungsbau den Vorzug geben soll. Dieser Antrag wurde abgelehnt mit den Stimmen der CSV und der DP. Nun brachte die CSV einen Antrag ein, der dem Wohnungsbau die Priorität einräumt Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der CSV und DP angenommen.

Die Bezeichnungen „grundsätzlich" und „Priorität" sind zwei dehnbare Begriffe, nach denen der Wiederaufbau bis heute leider gehandhabt wurde.

6½ Stunden Stadtratssitzungen, und es bleibt alles beim Alten! Was sagen die Ausgebombten und Wohnungssuchenden dazu?

Mitteilung der KPFreiburg

Wichtige Funktionärsitzung

Heute (Mittwoch) abend, 20 Uhr, Vaubanstr. 12 Thema: Generalversammlung.

An alle Freiburger Genossen und Genossinnen

Hierdurch laden wir dich recht herzlich ein zu der Generalversammlung unserer Freiburger Parteiorganisation, welche am Freitag, 3. Oktober, im Halmatsaal der „Harmonie" durchgeführt wird. Beginn pünktlich 20 Uhr.

Wir rechnen bestimmt auch mit deinem Erscheinen, um die Veranstaltung zu einem vollen Erfolg zu gestalten.

*

Betrifft Säuberung

Die Landesleitung teilt mit, daß am Montag, 6. Oktober, 20 Uhr, eine Zusammenkunft der Genossen, die in Freiburg tätig sind, in der Vaubanstr. 21 stattfindet.

Aus dem Parteileben

Kreisarbeiterkonferenzen mit dem Thema: **Demokratische Aktion** finden statt am 4. Oktober in **Lörrach** (Referent W. Fels), und am 5. Oktober in **Neustadt** (Käthe Seifried), **Stockach** (F. Zink), **Villingen** (W. Büche), **Waldshut** (F. Rümmelin).

Unwirtliche Gastwirte

Es kommt heute selten vor, daß man sich von der Berufsarbeit frei machen kann, um aus der Häßlichkeit zerstörter Städte einmal über das Wochenende in die Herrlichkeit der Natur zu kommen. So machte ich mich am letzten Sonnabend in das herbstliche Renchtal auf und fand nach vielem Suchen (in Bad Peterstal waren „alle" Gasthausbetten besetzt) schließlich im Gasthaus zum „Pflug" in Löcherberg ein Zimmer und mietete es schon am Nachmittag. Als ich abends dann ins Bett gehen wollte, erklärte die f.f.f Wirtstochter (frisch, frech und fröhlich) daß das Zimmer mittlerweile besetzt sei, da „Besuch" gekommen wäre. So stand ich nachts im Mondschein auf der Straße.

Man wird fragen, warum gerade solche unzuverlässigen Wirtsleute bei der heute so geringen Möglichkeit an Uebernachtungen Gasthauskonzession haben? Die Behörden müssen sich darum kümmern, wenn man im Badischen jetzt groß Fremdenwerbung betreiben will, daß nur zuverlässige und freundliche Wirte das Fremdenverkehrsgewerbe ausüben können. Es gibt gewiß auch willige Gastwirte genug, deren Gasthäuser zerstört sind, denen man zum Nutzen der Allgemeinheit die wenigen geöffneten Gasthäuser anvertrauen sollte. K.

Der erste Schnee

Feldberg. Bei minus 1 Grad fiel am Mittwoch morgen (24. September) der erste Schnee in diesem Jahre. Am Abend zeigte der Feldberg eine geschlossene Schneedecke von 5 cm.

Freiburg. Der bisher im Friedrichsbau untergebrachte Südwestfunk soll nun in die Jahnhalle im Vorort Zähringen verlegt werden.

Wir sehen neue Filme

Peter der Große (II. Teil)

Freiburg. Der zweite Teil dieses russischen Großfilmes behandelt den Zeitraum zwischen der Schlacht bei Poltawa und dem entscheidenden Sieg der jungen russischen Flotte über die schwedische Kriegsmarine. Verschaffte der Sieg bei Poltawa über den Schwedenkönig Karl XII. Peter die Möglichkeit, sich intensiv den Reformen im Innern zuzuwenden, so wurde durch die Niederlage der schwedischen Armada die Stellung Rußlands gegenüber Europa fest begründet. Was sich dazwischen abspielt, der Kampf gegen die Willkür-Statthalterei der Woiwoden, Bojaren und Popen, ist meisterlich dargestellt in scharfer Herausarbeitung der sozialen Gegensätze. Wie packend und gültig die Szene, in der einer dieser Ausbeuter, um sein sträfliches Tun zu verbergen, einen Haufen Zuchthäusler — Menschen — einfach in einem Kellergewölbe ersäufen läßt. Im Mittelpunkt das Ringen des Zaren um den Nachfolger, Alexej Petrowitsch, wobei der Vater seinen Sohn verlieren muß, um das eigene Werk nicht zu verderben.

Was in Bezug auf Technik und Darstellungskunst über den ersten Teil gesagt wurde, hat auch für den zweiten Teil volle Gültigkeit. Die Person Alexejs, dargestellt von Tscherkassow, trat — in natürlicher Folge der Handlung — deutlicher und gestaltungskräftig hervor. K. E.

Verantwortlich für den Heimatteil:
Hanns Adam Faerber, Offenburg.

Speisekartoffelversorgung 1947/48

1. Die Bedarfsdeckung für Nichtselbstversorger in Speisekartoffeln im laufenden Kartoffelwirtschaftsjahr vom 1. 10. 1947 bis 31. 7. 1948 wird durch laufenden Bezug oder durch Einkellerung mittels Bezug beim Klein- und Großhändler gegen Abschnitte des Bezugsausweises für Speisekartoffeln durchgeführt. Gemeinschaftsverpflegte, die über Bezugsscheine B verpflegt werden, können die Einkellerungsmengen über den Klein- oder Großhändler beziehen. Einkellerungsscheine werden nicht ausgegeben. Der Direktbezug des Verbrauchers beim Erzeuger ist untersagt.

2. Die vorgesehenen Kartoffelrationen im Kartoffelwirtschaftsjahr 1947/48 betragen für **Inhaber von Bezugsausweisen für Speisekartoffeln und Gemeinschaftsverpflegte (außer Krankenanstalten):**

	in Orten bis 20 000 Einwohner	in Orten über 20 000 Einwohner (Prioritätsstädte)
für Sgl und K1	25 kg	30 kg
K2	50 kg	60 kg
Jgd 1	75 kg	90 kg
Jgd 2 und E	100 kg	120 kg

Falls das tatsächliche Aufkommen von Kartoffeln im Rahmen der Umlagen es zuläßt, werden die zunächst vorgesehenen Einkellerungsmengen entsprechend erhöht werden.

Für Schwerarbeiter Gruppe II 5 kg je Monat; Gruppe III und IV 15 kg je Monat; für **werdende und stillende Mütter** 1,250 kg je Monat (für 10 Monate).

Für Krankenanstalten und Sanatorien: die Rationssätze nach Tabelle I, II oder III der Krankenernährung für Kranke in den Krankenhäusern.

Zur Sicherung der gleichmäßigen Versorgung erfolgt die Einkellerung in Teilmengen, welche durch das Ministerium der Landwirtschaft und Ernährung jeweils freigegeben werden. Die erste Einkellerungsrate beträgt für Inhaber von Bezugsausweisen für Speisekartoffeln in allen Orten für — gegen Abtrennung folgender Abschnitte der Bezugsausweise für Speisekartoffeln —:

Sgl. u. K1 25 kg von 30/I u. 30/II bis 39/I u. 39/II = 20 Abschnitte
K2 25 kg von 30/I und 30/II bis 34/I und 34/II = 10 Abschnitte
Jgd 1 25 kg von 30/I u. 30/II bis 32/I u. 32/II u. 33/II = 7 Abschnitte
Jgd 2 u. E 25 kg von 30/I u. 30/II bis 31/II u. 32/I = 5 Abschnitte.

Sämtliche Abschnitte der 3. Dekade der Bezugsausweise, also von 30/III und 39/III an der Stammkarte.

Die Bewertung der Abschnitte der Bezugsausweise, Schwerarbeiterkarten und Mütterkarten zum **laufenden Bezug** der Speisekartoffeln wird monatlich bekannt gegeben.

4. Inhaber von Bezugsausweisen für Speisekartoffeln, die ihre Bedarfsdeckung durch **Einkellerung** vornehmen wollen, werden hiermit aufgefordert, bis zum 30. September 1947 eine Vorbestellung unter Vorlage des Bezugsausweises für Speisekartoffeln bei einem Kartoffelkleinhändler durchzuführen. Der Kleinhändler trennt den Vorbestell-Abschnitt 1 (30-32. Z.P.) für Speisekartoffeln ab und anerkennt die Lieferverpflichtung durch Aufdruck des Firmenstempels auf das hierfür vorgesehene Feld 1 des Bezugsausweises. Die Vorbestellabschnitte sind von den Händlern bis zum 4. Oktober 1947 aufgeklebt, nach Altersgruppen getrennt, den Abrechnungsstellen bei den Ernährungsämtern einzureichen.

5. Gemeinschaftsverpflegte (einschl. Krankenanstalten), die über Bezugsscheine B verpflegt werden, erhalten zum Bezug der Einkellerungskartoffeln beim Händler von ihrem zuständigen Ernährungsamt Bezugscheine B in Höhe der für sie vorgesehenen Einkellerungsmenge, dessen Zweitschrift zur Vorbestellung beim Händler dient und von demselben zusammen mit den Vorbestellabschnitten 1 der Bezugsausweise für Speisekartoffeln bei der Abrechnungsstelle einzureichen ist.

6. Gaststätten, Werkküchen und Kantinen erhalten die erste Einkellerungsrate wie Inhaber von Bezugsausweise für Speisekartoffeln. Sie melden ihrem zuständigen Ernährungsamt die Zahl der in den letzten drei Monaten abgegebenen Mittag- und Abendessen, um die durchschnittliche Verpflegungszahl zu ermitteln. Zur Bevorratung erhalten diese Verpflegungsstätten Bezugscheine B, deren Zweitschrift zur Vorbestellung dem Händler zur Weiterreichung an seine Abrechnungsstelle auszuhändigen ist. Diese zur Bevorratung zugeteilte Menge Speisekartoffeln ist in vollem Umfange durch Abschnitte der Bezugsausweise für Speisekartoffeln, Reisemarken, zum Kartoffelbezug aufgerufene Abschnitte der Schwerarbeiterkarten und sonstige zum Bezug von Speisekartoffeln berechtigende Bedarfsnachweise abzudecken. Die Abrechnung mit dem Ernährungsamt erfolgt monatlich. Eine zusätzliche, nicht abdeckungspflichtige Belieferung der Gaststätten, Werkküchen und Kantinen findet nicht statt.

Freiburg i. Br., den 20. September 1947.

Bad. Ministerium für Landwirtschaft und Ernährung. I. V. Leiser.

Bewirtschaftung von Kartoffeln der Ernte 1947

Auf Grund der Bestimmungen der §§ 2, 3 und 22 der Verordnung über die öffentliche Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen vom 27. 8. 1939 (RGBl. I S. 1521) wird hiermit folgendes angeordnet:

1. Alle Speisekartoffeln aus der Ernte 1947 sind beschlagnahmt und ablieferungspflichtig. Der Bedarf der Erzeuger (Selbstversorgeranteil und Saatgut) wird befriedigt aus denjenigen Mengen, die nach Ablieferung der Umlagen verbleiben. Um die ungünstigen Bedingungen der letzten Wochen, welche die Ertragsvorschätzungen hinfällig gemacht haben, zu berücksichtigen, werden die schon herausgegebenen Umlagen überprüft und gegebenenfalls abgeändert, um eine gleichmäßige Verteilung der Lasten und die Befriedigung des Eigenbedarfs des Erzeugers zu gewährleisten. Vor Durchführung dieser Berichtigungen, welche auf Grund der neuen Schätzungen erfolgen können, und die auf jeden Fall spätestens bis 10. Oktober bekannt gegeben sein müssen, dürfen für die Bedarfsdeckung der Nichtselbstversorger nur höchstens 50 Prozent der schon herausgegebenen Umlagen erfaßt werden.

2. Als Speisekartoffeln gelten alle Kartoffeln mit einem Größendurchmesser von 2,0 cm an.

3. Es ist verboten, Speisekartoffeln zu verfüttern und Kartoffeln technisch zu verarbeiten oder zu silieren.

4. Der Zeitpunkt des Rodebeginns wird vom Bad. Ministerium der Landwirtschaft und Ernährung bestimmt. Der Erzeuger ist verpflichtet, die gesamte Umlagemenge auf Aufforderung des Ernährungsamtes — Erfassungsabteilung — und zu dem von diesem bestimmten Zeitpunkt an die Sammel- oder Verladestelle abzuliefern. Die Ablieferungstermine werden so festgesetzt, daß die gsamten Lieferverpflichtungen der Erzeuger spätestens am 15. 11. 47 erfüllt sind.

5. Die unmittelbare Abgabe von Kartoffeln durch den Erzeuger an Verbraucher ist verboten. Als widerrechtliche Abgabe gilt jede Art von Veräußerung, insbesondere Verkauf, Tausch oder Schenkung. Aufkaufsberechtigt sind nur der zugelassene Kartoffelgroßhandel und die Genossenschaften, die sich im Besitz von Schlußscheinbüchern befinden. Die Grundlage für den Nachweis der ordnungsgemäßen Abgabe von Kartoffeln durch den Erzeuger bildet allein die Ablieferungsbescheinignug, ausgestellt durch eine aufkaufsberechtigte Firma.

6. Der Transport von Kartoffeln ist nur mittels Transportscheinen gestattet, die von den Ernährungsämtern — Erfassungsabteilung — der Versandkreise oder den Bürgermeisterämtern der Erzeugergemeinden ausgestellt werden. Diese Vorschrift gilt für jede Menge Kartoffeln. Freimengen werden nicht zugestanden. Die Bürgermeister dürfen Transportscheine nur nach besonderen Weisungen der Ernährungsämter — Erfassungsabteilung — ausstellen und nur um den Erzeugern die Beförderung der Kartoffeln an die vorgesehene Sammel- oder Verladestelle zu ermöglichen. Transportscheine, für deren Ausstellung nicht das vorgeschriebene Formblatt verwendet wurde, oder die unrichtig oder unvollständig ausgefertigt sind, haben keine Gültigkeit. Der Transportschein muß während der Beförderung mitgeführt werden, um bei jeder amtlichen Kontrolle vorgezeigt werden zu können. Wer Kartoffeln ohne gültigen Transportschein befördert, hat mit der Einziehung der Waren und der Transportmittel, die zur Ausübung der Zuwiderhandlung benutzt wurden, zu rechnen.

7. Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen werden nach der Rechtsanordnung zum Schutze der Volksernährung vom 1. 10. 1946 (Amtsblatt S. 113) bestraft. Diese Rechtssanordnung sieht für diejenigen, die vorsätzlich oder fahrlässig die Erzeugung oder Ablieferung bewirtschafteter landwirtschaftlicher Erzeugnisse beeinträchtigen oder böswillig solche Erzeugnisse vernichten, beiseite schaffen, verstecken oder zurückhalten, oder einer Anordnung zur Regelung der Erzeugung oder Verteilung nicht nachkommen, oder die Volksernährung auf andere Weise gefährden, Gefängnis- und Geldstrafen bis zu 100 000 Mark vor. Neben diesen Strafen kann, ohne Rücksicht auf die Eigentumsverhältnisse oder sonstigen Rechte Dritter, auf Einziehung der Gegenstände, auf die sich die Strafe bezieht, oder die durch die strafbare Handlung erlangt oder zu ihrer Begehung benutzt wurden, zu Gunsten des Landes Baden erkannt werden.

8. Die bisherigen Bestimmungen über die Bewirtschaftung von Speisekartoffeln bleiben in Kraft, soweit sie dieser Anordnung nicht entgegenstehen.

9. Diese Bestimmungen treten mit Wirkung vom 20. 9. 47 in Kraft.

Freiburg i. Br., den 15. September 1947. (32-929)

Bad. Ministerium der Landwirtschaft und Ernährung. gez. Schill.

„Vorbestellung zum Bezug von Lebensmitteln"

Die Verbraucher werden aufgefordert, in der Zeit vom 1. bis 11. Oktober 1947 nachstehend aufgeführte Abschnitte der Lebensmittel- und Zulagekarten für den Monat Oktober 1947 (30. Zuteilungsperiode) bei ihrem Kleinhändler abzugeben:

1. für Fett den Vorbestellabschnitt A. Normalverbraucher und TSV nur in Brot aller Altersgruppen. Schwerarbeiter sämtl. Gruppen.
2. für Käse den Vorbestellabschnitt B. Normalverbraucher und TSV nur in Brot für die Altersgruppen von 6 bis 18 Jahren und über 18 Jahren (Jgd. 1, Jgd. 2 und E). Schwerarbeiter der Gruppen II, III und IV.

für Nährmittel den Vorbestellabschnitt C. Normalverbraucher aller Altersgruppen. Schwerarbeiter sämtlicher Gruppen.

4. für Zucker den Vorbestellabschnitt D. Sämtliche Normalverbraucher, Teilselbstversorger und Vollselbstversorger aller Altersgruppen. Schwerarbeiter sämtlicher Gruppen. Werdende und stillende Mütter.
5. für Kaffee - Ersatz den Vorbestellabschnitt E. Normalverbraucher von 6 Jahren aufwärts (Jgd 1, Jgd 2 und E). Schwerarbeiter Gruppe III auf Abschnitt 388, Gruppe IV auf Abschnitt 488 Teigwaren.

für Oel den Vorbestellabschnitt F. Sämtliche Normalverbraucher aller Altersgruppen; den Vorbestellabschnitt G: Teilselbstversorger nur in Brot aller Altersgruppen; den Abschnitt I: Schwerarbeiter Gruppe I, II, III und IV.

Die Kleinhändler werden hiermit angewiesen, die vorbezeichneten Abschnitte gegen Aufdruck des Firmenstempels auf die Lebensmittelkarten abzutrennen. Andere als die vorbezeichneten Vorbestellabschnitte dürfen nicht abgetrennt werden. Die Kleinhändler reichen die abgetrennten Vorbestellscheine aufgeklebt, getrennt nach Altersgruppen und Warenart zusammen mit den Waren-Vorbestellscheinen bis 15. Oktober 1947 ihrem zuständigen Ernährungsamt ein.

Freiburg i. Br., den 26. September 1947. (32-958)

Badisches Ministerium für Landwirtschaft und Ernährung.

Stellenangebote

Fasser und Goldschmiede (auch Heimarbeiter) bei bester Bezahlung und guter Behandlung per sofort gesucht Eberhard Heß, Ringfabrik, Pforzheim, Hirsauerstraße 11. (32-943

Juwelengoldschmiede (auch für Heimarbeit) bei bester Bezahlung und guter Behandlung per sofort gesucht. Eberhard Heß, Ringfabrik, Pforzheim, Hirsauerstraße 11. (32-944

Verloren — Gefunden

Braun-roter Touristenrucksack am 24. 9. 1947 am Hauptbahnhof stehengeblieben. Inhalt: Lebensmittel u. Akentasche mit Ing.-Zeichengerät. Rückgabe gegen gute Belohnung bei Wilhelm Lehrle, Freiburg i. Br., Hummelstraße 20. (20-646

Vertreter für den Verkauf von Kleinmaschinen gesucht. Angeb. unter AB 1756 an Ann.-Exped.

Kaufgesuche

Roßkastanien! Aufkäufer u. größere Posten gesucht. Zur Förderung der Sammelfreudigkeit werden Sachprämien gewährt. M. E. G. Gottlieb, Diaderma-Haus, Heidelberg, Postf. 472. (A3-10

Eicheln! Wir kaufen jede Menge trock. Eicheln. Größere Posten werden n. Vereinbarung durch unsern Lastzug abgeholt. Hauptsammelstellen: Freiburg, Goethestraße 26; Breisach/Rh. Kaffeefabrik; Espasingen (Bodensee); Kaffeefabrik und in den v. Vorjahre her bekannten örtl. Sammelstellen. J. Ruef Sohn AG.

Freiburger Veranstaltungen

Friedrichsbau-L'spiele

Bis einschl. Donnerstag, 2. 10. 47:
Menschen vom Varieté
mit La Jana, Attila Hörbiger, Karin Hardt, Christl Mardayn.
Ab Freitag, 3. 10. 1947 ein interessanter franz. Film
Ein Schatten der Vergangenheit!
in deutscher Sprache.
Die Geschichte einer dramatischen Vergangenheit beunruhigt die Gegenwart einer verlogenen Familie. — Darsteller: Louis Jouvet, Gaby Marlay, François Périer. — Spielzeiten: Montag, Dienstag, Mittwoch, Freitag 14.15 und 16.30 Uhr; Donnerstag und Samstag nur 14.15 Uhr. — Vorverkauf an den Spieltagen 10 bis 12 Uhr und ab 13.30 Uhr an der Tageskasse. (K6-63

Casino-Lichtspiele

Bis einschl. Donnerstag, 2. 10. 47:
Die packende Geschichte eines russischen Herrschers!
„Peter der Große", II. Teil
In deutscher Sprache! Neueste Wochenschau. - Jugendverbot
Ab Freitag, 3. Oktober 1947:
Vielfachen Wünschen entgegenkommend zeigen wir nochmals:
Die lustige Geschichte einer heimlichen Hochzeit
„Neigungsehe"
(Familie Buchholz II. Teil)
mit Henny Porten, Gust. Fröhlich usw. — Neueste Wochenschau. — Jugendfrei. — Spielzeiten: täglich 14.15 und 16.30 Uhr; Sonntag: 10 und 12 Uhr; Montag: 14.15, 16.30, 18.45 und 21.00 Uhr. (K3-57

Harmonie-Lichtspiele

Nur noch bis Donnerstag!
SCHLUSSAKKORD
Der Lebensroman eines gefeierten Dirigenten mit Willy Birgel, Lil Dagover, Maria v. Tasnády, Peter Bosse, Maria Koppenhöfer, Theodor Loos und das Orchester der Berliner Staatsoper, spielt Beethovens unsterbliche IX. in vollendeter Wiedergabe. - Jugendfrei!
Ab Freitag! (K8-72
FIAKERLIED
Wien, wie es weint, wie es lacht, mit Melodien von Schubert und Strauß, mit Paul Hörbiger, Gusti Huber, Hermann Erhardt, Erika Damhoff, Franz Schafheitlin, Josefine Dora. - Jugendfrei! Täglich: 14.15, 16.30, 18.45 Uhr; Dienstag, Mittwoch und Freitag auch abends 21 Uhr. - Vorverkauf täglich von 10—12 Uhr.

Union-Theater

Nur noch bis mit Donnerstag!
KARNEVAL DER LIEBE
Eine bezaubernde Filmoperette mit Johannes Heesters, Dora Komar, Hans Moser, Axel v. Ambesser, Dorit Kreysler, Gustav Waldau, Rich. Romanowsky.
Jugendfrei!
Ab Freitag!
FLOH IM OHR
Ein derber Bauernschwank nach dem gleichn. Bühnenstück von Fr. Redler mit Sabine Peters.
Jugendfrei. — Täglich: 14.30, 17.00, 19.30 Uhr. — Vorverkauf täglich ab 13 Uhr. (K20-70

Dachpappe, Asphalt-, Bitumen- u. Teererzeugnisse, Bauten- u. Holzschutzmittel liefert: Franz Ede jun. & Co., (13b) Trostberg/Obb. Schließfach 14. (A2-